

Was sich an Schulen ändert

Sechs Wochen Atempause – danach treten von Jamaika auf den Weg gebrachte Änderungen in Kraft

Von Birgitta von Gyldenfeldt

KIEL Am Freitag ist letzter Schultag in Schleswig-Holstein. Für die Schüler heißt dies in der Regel: Sechs Wochen abschalten, mit Freunden treffen, in den Urlaub fahren. Wenn sie nach den Ferien wieder an die Schule zurückkehren, wird manches anders sein – egal ob an Grundschulen, Gemeinschaftsschulen oder Gymnasien. Ein Überblick:

NEUE FACHANFORDERUNGEN AN GRUNDSCHULEN

Die Verbesserung der Kompetenzen in Deutsch und Mathematik steht im Mittelpunkt der neuen Anforderungen. Am spürbarsten werden hier die Auswirkungen im Fach Deutsch sein: So soll das Erlernen der Rechtschreibung von Anfang an eine entscheidende Rolle spielen. Nur Schreiben nach Gehör sei nicht zulässig, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Zudem sollen Grundschüler verpflichtend eine verbundene Schreibrschrift lernen.

Eine weitere Neuerung ist der Grundwortschatz, der zum neuen Schuljahr zur Verfügung steht. Die Schulen können ihn zunächst freiwillig einsetzen, bevor er zum Schuljahr 2019/20 Pflicht werde.

NOTENZEUGNISSE AB

KLASSE DREI Die Grundschüler in Schleswig-Holstein müssen sich trotz Kritik etwa



Sechs Woche Leere: Nach dem Urlaub wird an vielen Schulen Schleswig-Holsteins einiges anders sein. FOTO: BODO SCHACKOW/DPA-ZENTRALBILD/DPA

der SPD, des Kinderschutzbunds oder der Bildungsgewerkschaft GEW ab der dritten Klasse wieder auf Noten einstellen. Noten seien ein gutes Rückmeldesystem für Eltern und Schüler, findet Prien. Deshalb sollen Notenzeugnisse mit ergänzendem Kompetenzraster ab der dritten Klasse wieder die Regel sein. Schulen, die bei Be-

richtszeugnissen bleiben wollen, dürfen dies – wenn die Schulkonferenz sich dafür entscheidet. „Wir machen keine Bildungspolitik mit der Brechstange.“

NOTENZEUGNISSE AB

KLASSE FÜNF Auch in den Jahrgangsstufen fünf bis sieben sollen Notenzeugnisse mit ergänzendem Kompetenzraster der verordnungs-

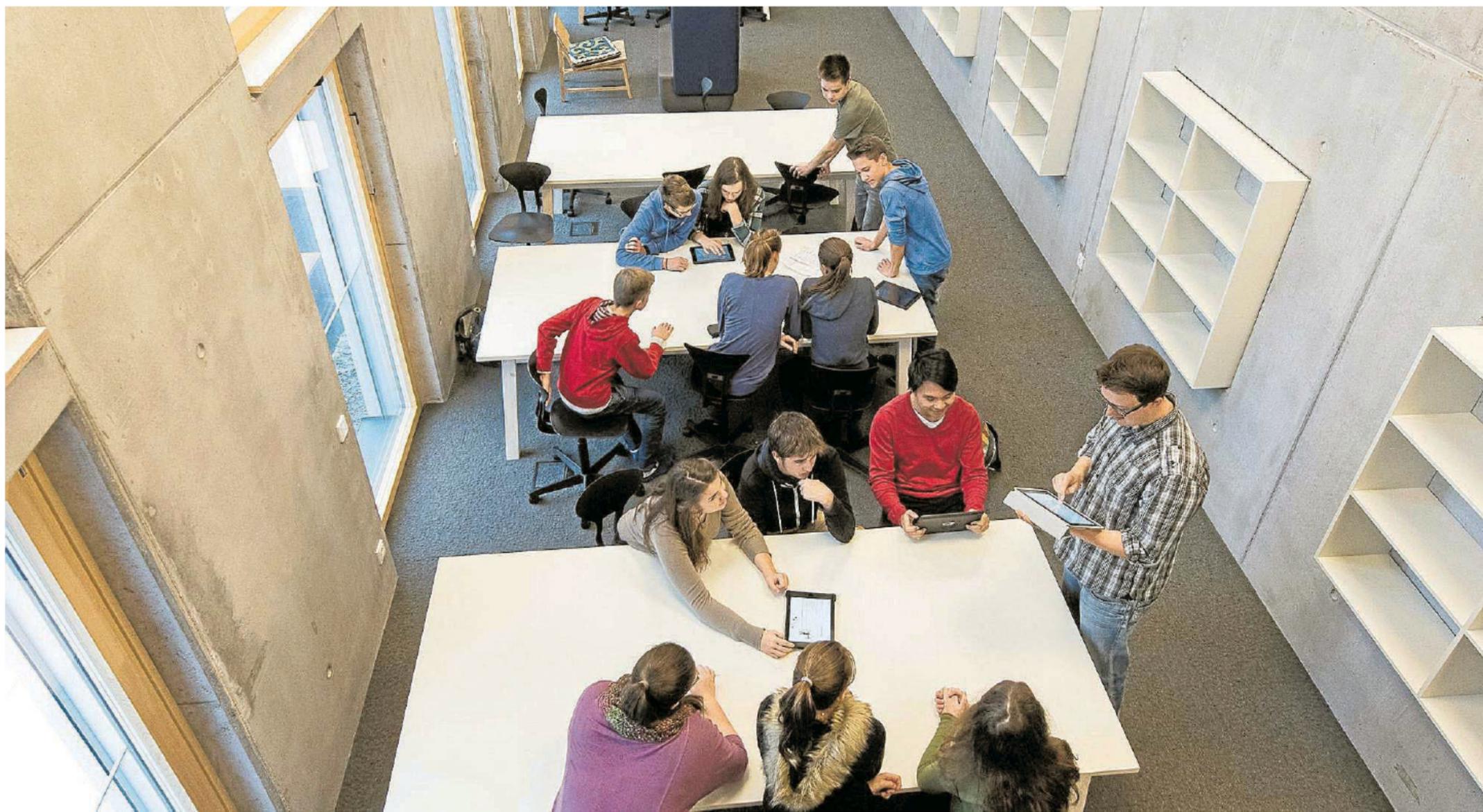
rechtliche Normalfall werden. Bisher erhalten Schüler dieser Klassenstufen an Gemeinschaftsschulen grundsätzlich ein Berichtszugnis. Auch hier gilt aber: Die Schulkonferenz kann Notenzeugnisse durch Berichtszugnisse ersetzen.

VERBINDLICHE SCHULARTENEMPFEHLUNG

Gymnasium oder Gemeinschaftsschule – welche weiterführende Schule kommt nach der vierten Klasse in Frage? Dazu müssen die Grundschulen ab dem neuen Schuljahr wieder schriftliche Empfehlungen aussprechen. Dabei kann entweder nur die Schulart Gemeinschaftsschule oder beide weiterführenden Schularten empfohlen werden. Wenn ein Kind mit einer ausschließlichen Empfehlung für die Gemeinschaftsschule trotzdem ein Gymnasium besuchen soll, müssen die Eltern ein Beratungsgespräch mit dem Gymnasium führen.

G9 STATT G8 AN GYMNASIEN

Schleswig-Holstein verabschiedet sich wie viele andere Bundesländer vom Turbo-Abi nach acht Jahren und kehrt zu G9 an Gymnasien zurück. Gymnasien haben aber einmalig die Gelegenheit erhalten, sich per Schulkonferenzbeschluss für den Verbleib bei G8 oder dem sogenannten Y-Modell mit parallelen G8- und G9-Jahrgängen zu entscheiden. Von den 99 Gymnasien im Land hat sich nur eines für den Verbleib bei G8 entschieden. Drei Gymnasien wollen das Y-Modell beibehalten. Auch wenn die Gymnasien offiziell erst zum Schuljahr 2019/20 zu G9 zurückkehren, profitieren laut Ministerium auch schon Kinder, die nach den Ferien auf eine solche Schule wechseln. G9 wird rückwirkend auch für sie eingeführt. lno



Kompetenzen für das digitale Zeitalter, dafür muss schon in der Schule der Grundstein gelegt werden, glaubt die Industrie- und Handelskammer zu Kiel. Schüler sollten nicht nur auf die Arbeit mit Tablet und Co. vorbereitet werden, sondern auch lernen, wie sie sich im Netz vertrauenswürdige Informationen beschaffen können. FOTO: PATRICK SEEGER

IHK sendet digitale Wunschliste

Mehr Netz-Kompetenz für Schüler und Lehrer, Breitbandausbau: Nord-Wirtschaft dringt auf schnelle Umsetzung

VON ANNE HOLBACH

KIEL. „Wichtig ist, dass wir jetzt machen!“, sagt Klaus-Hinrich Vater, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Kiel. Um die Wirtschaft auf dem Weg der digitalen Transformation zu begleiten, müsse die Landesregierung ihre Digitalisierungsstrategie schnell mit Leben füllen und Projekte „beherzt angreifen“. In einem Positionspapier hat die IHK ihre Wünsche an das Kabinett zusammengefasst.

„Digitalisierung ist Chefsache“, sagt Vater. Was für Unternehmen gelte, müsse auch in der Landesregierung gelebt werden. Deswegen fordert die IHK einen regelmäßigen Digitalisierungsreport von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU), in dem er die Wirtschaft über den aktuellen Entwicklungsstand informiert. Grundsätzlich stellt der Kammer-Präsident der schwarz-gelb-grünen Koalition im Landeshaus ein gutes Zeugnis aus. Viele richtige Weichen habe das Jamaika-Bündnis bereits gestellt. Vergangene Woche hatte das Kabinett beispielsweise ein Digitalisierungsprogramm beschlossen, das in einem ersten Schritt Investitionen in Höhe



„ Digitalisierung ist Chefsache. Das kann ich nicht delegieren.

Klaus-Hinrich Vater,
Präsident der IHK zu Kiel

von zehn Millionen Euro vorsieht. „Aus der Erfahrung weiß man aber, dass von dem, was auf einem solchen Papier steht, nicht alles realisiert wird“, so Vater.

Konkret fordert die Kammer die Regierung dazu auf, den Ausbau des Glasfasernetzes zügig voranzutreiben. Zwar sei das Land beim Breitbandausbau im Vergleich zu anderen Bundesländern schon weit, „aber da müssen wir dranbleiben“, so Vater. Wichtig sei dabei auch die Priorisierung von

Gewerbegebieten. Der IT-Unternehmer betont die Chancen der Digitalisierung für ein eher strukturschwaches Land mit wenig Industrie wie Schleswig-Holstein. Durch bessere Vernetzung könne der Norden im Wettbewerb mit Wirtschaftsstandorten in Süddeutschland an Stärke gewinnen.

Um bei der Digitalisierung mithalten zu können, sei die Vermittlung digitaler Grundlagen in Schulen essentiell, sagt IHK-Vizepräsident und Walterwerke-Chef Andreas Eule. Deswegen müsse das Thema fest im Stundenplan verankert sein. Dabei gehe es weniger darum, Programmieren oder die Nutzung einer bestimmten Software zu lernen, sondern vielmehr darum, Neugier zu wecken und Kinder dazu zu befähigen, einen Nutzen aus digitalen Möglichkeiten zu ziehen. „In welchen Quellen finde ich verlässliche Informationen? Wie kann ich digitale Tools effektiv für Teamarbeit nutzen?“, nennt Eule einige Beispiele. Möglich sei das nur, wenn Lehrer schon während ihres Studiums oder in verpflichtenden Fortbildungen dafür qualifiziert würden. Hier sei Bildungsministerin Karin Prien auf dem richtigen Weg. Die CDU-Politi-

kerin hatte kürzlich ein „Digitales Bildungspaket“ vorgestellt, das unter anderem ein umfangreiches Fortbildungsprogramm für Lehrer vorsieht.

Schnell in Angriff genommen werden müsse auch das Thema E-Government, so Vater. Wenn die Landesregierung es mit ihrer Digitalagenda Ernst meine, müsse sie nicht nur ihre eigene Verwaltung umbauen, sondern auch auf die Kommunen einwirken, effizienter und digita-

ler zu arbeiten. Die IHK erhofft sich hierdurch einen erheblichen Bürokratieabbau. Mittelständische Unternehmen hätten rund 200 Verwaltungskontakte pro Jahr, das sei aufwendig und kostenintensiv.

Zudem wünscht sich die IHK Rahmenbedingungen, die keine Hemmnisse für die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle bedeuten. Das betreffe sowohl den Datenschutz als auch die IT-Sicherheit.

Neues Kompetenzzentrum für den Mittelstand

Mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein können sich künftig in Sachen Digitalisierung fachlichen Rat beim „Kompetenzzentrum 4.0“ in Kiel holen. Es soll diesen Monat mit mehr als einem Dutzend Ansprechpartnern starten. Zur Finanzierung nahm ein Konsortium aus Hochschulen und Transfereinrichtungen gestern vom Bundeswirtschaftsministerium eine Förderzusage über rund vier Millionen Euro für die nächsten drei Jahre entgegen. Das Kompetenzzentrum soll kleinen und mittleren Betrieben helfen, individuelle



Digitalisierungsstrategien zu erarbeiten. „Die Digitalisierung bietet deutlich mehr Chancen als Risiken für unsere Wirtschaft“, so Landeswirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP). Er forderte Betriebsinhaber und Geschäftsführer auf, möglichst rasch mit dem neuen Kompetenzzentrum Beratungstermine zu vereinbaren.

100 Schüler schaffen Abi-Bestnote

KIEL. Genau 100 Mädchen und Jungen haben in diesem Schuljahr in Schleswig-Holstein das Abitur mit der Bestnote 1,0 bestanden. 85 schafften das an Gymnasien, 13 an Gemeinschaftsschulen und 2 an beruflichen Gymnasien. Das geht aus Angaben des Bildungsministeriums hervor, die gestern veröffentlicht worden sind. Die Durchschnittsnote an den Gymnasien verbesserte sich demnach minimal auf 2,49 – während sie sich an den Gemeinschaftsschulen geringfügig auf 2,65 verschlechterte. Der Mittelwert an den beruflichen Gymnasien sank von 2,66 auf 2,64.

An den öffentlichen Gymnasien bestanden insgesamt 7356 Schüler die Abi-Prüfungen. 4,0 Prozent (Vorjahr 3,6) fielen durch. An den Gemeinschaftsschulen gab es 2196 bestandene Prüfungen und eine Durchfallquote von 4,8 Prozent (4,5). An den beruflichen Gymnasien kamen 2344 Jugendliche durch; 5,9 Prozent (6,0) schafften das nicht. In der Sekundarstufe I nahmen 23 172 Schüler an den Prüfungen zum ersten allgemeinbildenden Schulabschluss und zum mittleren Abschluss teil.



Karin Prien,
Bildungsministerin (53)

Klasse Jamaika
Schuljahr 2017/18

Kompetenzen

sicher
überwiegend sicher
teilweise sicher
überwiegend unsicher
unsicher

Arbeitsorganisation,
u.a. Kenntnis des eigenen Ressorts



Engagement,
u.a. Medienpräsenz



Teamfähigkeit



Stärken, Schwächen, Entwicklungspotenziale,
Besonderheiten

Die Hamburgerin hat sich in das Schulsystem des Flächenlandes eingearbeitet. Bei den Hochschulen gibt es noch Lücken. Prien ist engagiert, fleißig sowie leistungsbereit und erwartet dasselbe von Lehrkräften und Schülern. Kuschelpädagogik ist ihre Sache nicht. Die Rückkehr zu G9-Gymnasien läuft bisher besser als gedacht. Mit dem langfristigen Aufstieg der Grundschulpädagogen in die A13-Besoldung kann die ambitionierte Schulpolitikerin einen Uralt-Konflikt abräumen. Die Juristin hat das Zeug, in Hamburg die CDU in die Bürgerschaftswahl 2020 zu führen. Prien lehnt das bislang ab.

Abschlussnote **3**